

Politisches Bewusstsein in der Türkei realistisch einschätzen – Religionsfreiheit und Minderheitenrechte einfordern!

Beschluss des Deutschlandtages vom
19. - 21. Oktober 2007 in Berlin

Zum wiederholten Male reagiert die türkische Regierung mit diplomatischen Sanktionen und politischen Drohungen auf eine Resolution eines demokratischen Parlaments in Bezug auf die Einschätzung des Völkermordes an den Armeniern im osmanischen Reich, der außerhalb der Türkei nicht ernsthaft als historische Tatsache bestritten wird. Dieses Mal traf es die Vereinigten Staaten von Amerika wegen einer Resolution des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses des US-Kongress.

Die hartnäckige Geschichtsleugnung in der Frage des Genozids an den Armeniern steht in direktem Zusammenhang mit der ungebrochenen politischen und gesellschaftlichen Dominanz nationalistischer Denkweisen in der Türkei. Auf der Grundlage dieses Nationalismus werden nationalen und auch religiösen Minderheiten nach wie vor fundamentale Rechte verwehrt.

Die Europäische Kommission ist daher aufgefordert, die rechtlichen und mentalen Gegebenheiten in der Türkei in den laufenden Beitrittsverhandlungen realistisch einzuschätzen. Dies kann nur bedeuten, eine privilegierte Partnerschaft zwischen der EU und der Türkei als Ziel der Verhandlungen anzustreben und zugleich noch stärker auf die Verbesserung der Lage nationaler und religiöser Minderheiten in der Türkei hinzuwirken. Eine solche Verbesserung im Einklang mit den Prinzipien der Religionsfreiheit und des Schutzes traditioneller Minderheiten ist auch für die Stabilität einer langfristigen, strategischen privilegierten Partnerschaft unerlässlich. Eine assoziierte Mitgliedschaft der AK-Partei in der EVP lehnt die Junge Union Deutschlands ab.